FDP-Ratsfraktion
SPD-Ratsfraktion
CDU-Ratsfraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag	**0951/2007** **öffentlich** **20.09.2007**
Datum **Gremium** **Antragsteller/in** Ö 20.09.2007 Ratsversammlung Ratsherr Brandtner, FDP-Fraktion; Ratsfrau Kietzer, SPD-Fraktion; Ratsherr Cordes, CDU-Fraktion; Ratsherr Oschmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Betreff: Laogai-Lager	

Antrag:

1. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert die Oberbürgermeisterin auf, bei den Kontakten mit Vertretern der Stadt Qingdao den Dialog über die Menschenrechte zu führen und mit Nachdruck und Konsequenz auf die Laogai-Lager hinzuweisen bzw. diese zu thematisieren, falls dies noch nicht geschehen ist.

2. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert die Oberbürgermeisterin auf, bei den Kontakten mit Vertretern der Stadt Qingdao die guten Beziehungen, die zu dieser Stadt bestehen, dahingehend zu nutzen, dass auf die Schließung der in bzw. um Qingdao liegenden Laogai-Lager hingewirkt wird.

Begründung:

In der VR China werden die Menschenrechte noch immer missachtet. So wies beispielsweise kürzlich die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* auf die Existenz von über 1.000 Arbeitslagern hin (sog. Laogai-Lager, wobei Laogai soviel bedeutet wie „Reform durch Arbeit“), in denen sich gegenwärtig etwa 4 Mio. Menschen befinden sollen.
In diesen Lagern sollen politische Dissidenten sowie Angehörige von ethnischen und religiösen Minderheiten durch Misshandlungen, Gehirnwäsche und Einzelhaft gefügig gemacht werden. Zudem werden sie zu Zwangsarbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen gezwungen.

Der Deutsche Bundestag hat unlängst eine Resolution verabschiedet, in der das Laogai-System verurteilt wird (Drs. 16/4559). Auch einige Kommunen haben inzwischen ähnliche Entschließungen gefasst.
In der Freien und Hansestadt Hamburg wurde ein entsprechender Antrag der GAL-Fraktion in den Europaausschuss der Bürgerschaft überwiesen. Nach Befassung mit dem Thema und einer Anhörung von Expertinnen und Experten hat der Ausschuss einstimmig eine Empfehlung an die Bürgerschaft ausgesprochen (vgl. Drs. 18/6105), in der u.a. die Laogai-Lager verurteilt werden und der Senat aufgefordert wird, *„bei offiziellen Anlässen mit den chinesischen Partnern (...) die Problematik dieser Gefangenenlager zur Sprache zu bringen*“.

Im Hinblick auf die Stadt Qingdao ist auf folgendes hinzuweisen:

- Laogai-Häftlinge, meist Falun Gong Anhänger/-innen, werden abgestellt, um Qingdao für die olympischen Segelwettbewerbe 2008 vorzubereiten. So werden beispielsweise Häftlinge für den Straßenbau in und um Qingdao eingesetzt (Quelle: *Falun Gong Human Rights Working Group*)

- In einer bei Qingdao liegenden Graphit-Mine wird das hauptsächlich für den Export bestimmte Graphit von Laogai-Häftlingen abgebaut. (Quelle: *Laogai Research Foundation*)

- Eine in Qingdao ansässige Fabrik, die Spielzeuge herstellt, soll einem Bericht der Schweizer Zeitung „*Le Temps*“ zufolge Laogai-Häftlinge beschäftigen.

- Ein in Qingdao ansässiges Gericht ist für seine „Effizienz“ bei Schnellprozessen bekannt, in denen keine ordentlichen Verfahrenswege eingehalten werden. Häufig enden diese Schnell- bzw. Schauprozesse mit Todesurteilen. (Quelle*: amnesty international*)

gez. Wolf-Dietmar Brandtner f. d. R.
stv. Fraktionsvorsitzender

gez. Cathy Kietzer f. d. R.
Fraktionsvorsitzende

gez. Robert Cordes f. d. R.
Fraktionsvorsitzender

gez. Lutz Oschmann f. d. R.
Fraktionsvorsitzender